Falls dieser Text nicht richtig angezeigt wird, aktiviert die html-Ansicht des Mail-Programmes oder klickt **hier** für die Online-Version.

Rundbrief Christine Buchholz | Juli 2011

Friedenspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

---

Liebe Freundinnen und Freunde,
Liebe Genossinnen und Genossen,

Hier kommt der letzte Rundbrief mit meinen letzten Aktivitäten in diesem Sommer.
Besonders möchte ich alle auf zwei Dinge hinweisen: Zum einen auf die laufende Debatte zum Programm der LINKEN. Mit große Mehrheit wurde der Programmentwurf als Leitantrag für den Parteitag im Parteivorstand angenommen. Jetzt sind die Kreisverbände eingeladen den Leitantrag zu diskutieren und Verbesserungsvorschläge zu machen.
Das zweite sind die Aktivitäten zum 10. Jahrestag des Afghanistankrieges und die Mobilisierung zur Afghanistankonferenz nach Bonn. Alle sind eingeladen, sich an den Protestaktivitäten der Friedensbewegung und der LINKEN zu beteiligen.
Ich selbst verabschiede mich jetzt in den Urlaub und danach bis voraussichtlich Ende Oktober in den Mutterschutz.
Meine hessischen Wahlkreisbüros und das Berliner Büro stehen selbstverständlich weiter für Euch offen.

Mit solidarischen Grüßen,
Christine Buchholz

Afghanistan-Konferenz

Im Dezember jährt sich der Beginn des Krieges in Afghanistan zum 10. Mal und damit auch die Zustimmung der Bundesregierung zu diesem Krieg und die Entsendung deutscher Soldaten. In Bonn wird vom 3. bis 5. Dezember die internationale Afghanistankonferenz der Bundesregierung zum Thema Afghanistan stattfinden. An dieser Konferenz sollen Außenminister aus 90 Ländern sowie Vertreter von Nichtregierungsorganisationen teilnehmen.
Die Bundesregierung wird den Krieg und die deutsche Beteiligung daran als Erfolg verkaufen und zwar von einem geplanten Abzug sprechen, aber faktisch die dauerhafte Präsenz der ausländischen Truppen in Afghanistan vorbereiten.
Es ist jetzt an uns, der LINKEN an der Seite der Friedensbewegung, deutlich zu machen, dass der Militäreinsatz in Afghanistan weder Demokratie noch Frieden ins Land gebracht, die Frauen nicht "befreit" und zu einer Verschlechterung der Lage der Menschen in Afghanistan geführt hat. Von den unzähligen zivilen Opfern ganz zu schweigen. Wo die Petersberger Konferenz für den Kriegseinsatz werben wird, müssen wir den Abzug aller Truppen und tatsächliche Aufbauhilfe fordern.
Dieser "zweiten Petersberger Konferenz" wird die Friedensbewegung zahlreiche Aktivitäten entgegensetzen. Beginnen werden diese Aktivitäten im September, zum Antikriegstag und dem Jahrestag der Kundus-Bombardierung. Ein zentraler Termin für die Partei ist ein vom Parteivorstand beschlossener dezentraler Aktionstag am 7./8. Oktober, dem 10. Jahrestag des Afghanistankrieges.
Zur Bonner Afghanistankonferenz werden eine bundesweite Demonstration (3.12.) und ein internationaler Gegengipfel 4.12. vorbereitet, sowie zahlreiche kreative Aktionen, einschließlich Aktionen des zivilen Ungehorsams während der Konferenz am 5.12. selbst.
Die LINKE wird diese Aktivitäten unterstützen, in einem Aufruf mit dem sich der Parteivorstand an alle Mitglieder wendet, rufen wir dazu auf sich an diesen Aktivitäten zu beteiligen und an der Seite der Friedensbewegung für einen Abzug der Truppen zu kämpfen.
Um die Aktivitäten der Partei zu planen und vorzubereiten hat sich eine Projektgruppe gegründet. Informationen über ihre Arbeit und die Planung für den Aktionstag am 7./8. 10 und den Dezember sind hier zu finden

---

Sudan

In den letzten Wochen, unmittelbar vor der Unabhängigkeitserklärung des Südsudans am 9. Juli, hat der Bundestag einen neuen Bundeswehreinsatz im Südsudan beschlossen: UNMISS (United Nations Mission in South Sudan). Dies ist der erste Bundeswehreinsatz im Rahmen einer Mission nach Kapitel VII der UNO-Charta. Das besondere daran ist, dass bei einer solchen Mission die Truppen die Befugnis haben, militärische Gewalt zur Durchsetzung der Missionsziele einzusetzen. Das zweite neue an dieser Entscheidung war, dass zum Zeitpunkt der Abstimmung im Bundestag noch keine Entscheidung im Weltsicherheitsrat getroffen war. Es handelte sich daher um einen Vorratsbeschluss. Die Vorläufermission UNMIS (United Nations Mission in Sudan) war in der Fraktion noch umstritten, so dass sich einige unserer Abgeordneten enthielten. Beim aktuellen Beschluss hat die Fraktion nicht nur geschlossen mit Nein gestimmt, sondern darüber hinaus auch einen eigenen Antrag als Alternative zum Militäreinsatz vorgelegt
Außerdem wurde im Bundestag ebenfalls gegen die Stimmen der Linken die Verlängerung des UNAMID (United Nations and African Mission in Darfur) Einsatzes beschlossen.
Auf meiner Homepage findet sich mittlerweile vieles zum Sudan, so zum Beispiel eine aktuelle Presseerklärung und meine Rede zum UNMISS-Beschluss, die beide deutlich machen dass der Sudan zivile Hilfe und eine Unterstützung der Wirtschaft braucht, die nicht auf Kosten der Bevölkerung stattfindet.
Ausführliche Argumente dazu warum dieser Militäreinsatz nicht den Menschen helfen wird sind hier zu finden.
Im November 2010 bin ich mit drei meiner Fraktionskollegen in den Sudan gereist, um uns ein Bild von der Lage vor Ort zu machen. Den ausführlichen Reisebericht kann man hier ansehen.

Sommertour der hessischen und thüringischen Bundestagsabgeordneten der LINKEN

Auch in diesem Jahr wird es wieder eine Sommertour der hessischen und thüringischen Bundestagsabgeordneten, diesmal unter dem Motto „Arbeit und Zukunft“, geben. In der Zeit vom 11. bis 19. August werden wir verschiedene Veranstaltungen in Hessen und Thüringen anbieten, um uns und unsere Arbeit in Hessen und Thüringen vorzustellen und bekannter zu machen. "Meine" Station wird ein Treffen mit jungen aktiven Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern in Darmstadt sein. Dieser Termin wird mit der lokalen Gewerkschaftsjugend vorbereitet, außer mir werden noch Werner

Dreibus und Ralph Lenkert dabei sein, um mit den Jugendlichen über ihre Arbeit, ihre Zukunft und ihre Erwartungen an die Politik zu sprechen.

Programmdebatte

Nachdem überall in der Partei lange, intensiv und kontrovers über den Programmentwurf diskutiert wurde, hat der Parteivorstand jetzt einen Programmentwurf als Leitantrag für unseren Parteitag im Oktober in Erfurt vorgelegt. In diesen Programmentwurf sind Änderungsvorschläge, inhaltliche Überlegungen und Argumentationen eingegangen die im Laufe der Programmdebatte entstanden sind.
Der Leitantrag an den Parteitag ist vom Parteivorstand mit einer überwältigenden Mehrheit beschlossen worden, was zeigt, das bei allen Kontroversen einen guten Kompromiss gefunden haben, auf dessen Grundlage wir nun weiter diskutieren können. Ich wünsche mir, dass diese Diskussionen lebendig und konstruktiv werden. Eine Möglichkeit dazu bot sich bereits am letzten Wochenende: Auf der Sommerakademie der Sozialistischen Linken habe ich erläutert, in welcher Form der Parteivorstand die geschlechterpolitische Analyse im Programm gestärkt hat. Besonders wichtig ist mir den Zusammenhang zwischen Produktion und Reproduktion und der Bedeutung der unbezahlten Arbeit für die Steigerung des Profits der Unternehmer heraus zu arbeiten. Die Erhöhung der Staatsquote und die Vergesellschaftung der Reproduktionsarbeit sind meines Erachtens zentrale Voraussetzung für eine geschlechtergerechte Arbeitsteilung.
Zudem habe ich gemeinsam mit Erhard Crome einen Workshop zur Frage von UN-mandatierten Militäreinsätzen gegeben und Argumente gegen eine Veränderung unserer Position gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr zusammengetragen. Auf meiner Homepage wird dieser Beitrag wie andere Beiträge zur Programmdebatte bald dokumentiert sein.

Gaza-Flottille

Seit dem 27. Juni sind Schiffe mit Aktivisten aus 40 Ländern aufgebrochen um die israelische Blockade des Gazastreifens zu durchbrechen. Sie wollen die dort lebenden über 1,5 Millionen Menschen mit dringend benötigten Hilfsgütern wie Medikamenten, Krankenhausausstattung oder Baumaterial beliefern. Zur Zeit werden ein Großteil der Schiffe in Griechenland am Auslaufen gehindert. Das kann als Intensivierung der Beziehungen Griechenlands zu Israel im Zuge der Abkühlungen der Beziehungen zwischen der Türkei und Israel begriffen werden. In mehreren Städten gab es bereits Proteste vor den griechischen Botschaften um die Weiterfahrt zu erreichen. Das einzige Schiff, dass es geschafft hat, griechische Gewässer zu verlassen wurde vor wenigen Tagen von der israelischen Marine aufgebracht und nach Ashdod gebracht.

Ständig aktuelle Informationen über die Free Gaza Flottille kann man hier finden:

Aksel Hagen, Abgeordneter der norwegischen Sozialistischen Linkspartei, ist auf einem der Schiffe dabei und spricht hier über seine Gründe und darüber, warum die Flottille notwendig ist.

Die Mitgliederversammlung des Kreisverbands der LINKEN in Offenbach Stadt hat sich der Solidaritätserklärung angeschlossen, die bereits von mehreren anderen Kreisverbänden beschlossen wurde:

„Wir fordern die Aufhebung der rechtswidrigen und unmenschlichen Blockade des Gaza-Streifens“

Die erneute Entsendung der Friedensflotte ist notwendig, weil ein erfolgreiches Durchbrechen der Blockade ein starkes politisches Signal für einen Beendigung der Blockade und damit für einen gerechten Frieden in Nahost ist und Israel durch die Blockade das Gaza-Streifens die Versorgung mit Nahrungsmitteln, Baumaterialien und Medikamenten behindert. Die Wirtschaft im Gazastreifen ist zusammengebrochen. Die langjährige Blockade das Gaza-Streifens nimmt den Menschen jede Entwicklungsperspektive und demoralisiert sie dadurch.

Die Blockade stärkt in Israel die extreme Rechte und die Stellung des Militärs. Auch auf palästinensischer Seite geraten diejenigen Kräfte ins Hintertreffen, die eine gerechte Lösung für ein friedliches Zusammenleben von Israelis und Palästinensern anstreben. Beide Gesellschaften werden militarisiert und entdemokratisiert. Die Blockade versperrt nicht nur die Versorgungswege, sondern

auch jeden Schritt auf dem Weg zu einem Frieden im Nahen Osten.
Deshalb fordern wir die Aufhebung der rechtswidrigen und unmenschlichen Blockade des Gaza-Streifens und den sofortigen Stopp der Waffenlieferungen und der militärischen Zusammenarbeit mit Israel.

Panzerlieferung nach Saudi-Arabien

200 Panzer sollen aus Wirtschafts-und Sicherheitsinteressen nach Saudi-Arabien verkauft werden, ohne dass die Bevölkerung ein Mitspracherecht hat. Saudi-Arabien hilft bei der Unterdrückung der Demokratiebewegung im arabischen Raum und Deutschland liefert Panzer, Waffen und Sturmgewehrfabriken.

In der Aktuellen Stunde sprach Jan van Aken, Mitglied im Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung über die Lobby der Rüstungsindustrie, denen die Menschenrechtslage in Saudi-Arabien egal ist. Gregor Gysi stellte klar, dass Saudi-Arabien nicht ein Bündnispartner im Kampf gegen den Terrorismus ist, sondern im Gegenteil Al Kaida finanziert.

Im Plenum will die Regierung über das Waffengeschäft schweigen, aber vor dem Reichstag formierten sich schon während der Debatte der erste Protest gegen die Panzerlieferungen. Deutschland soll kein Geld am Krieg und Leid Anderer verdienen. Wir müssen die Demokratiebewegung im arabischen Raum unterstützen.

Im Plenum hat die Opposition drei Anträge gegen die Waffenlieferungen eingebracht. Die Regierungskoalition hat dreimal mit Nein gestimmt. Die Regierung will die Panzer liefern Frauenrechte, Demokratie und Menschenrechte sind nur als Kriegsgründe geeignet, ansonsten sind sie völlig gleichgültig.

Kontakt

Meine Wahlkreisbüros in Hessen:
Allerheiligentor 2-4, 60311 Frankfurt
Natalie Dreibus
christine.buchholz@wk2.bundestag.de
Tel.: 069 - 970 979 64
Fax.: 069- 970 979 65

Steingasse 5, 34613 Schwalmstadt
Heidemarie Scheuch-Paschkewitz
heidemarie.scheuch-paschkewitz@die-linke-hessen.de
Tel.: 06691 – 2204630

Taunusstraße 2, 63067 Offenbach
Per Oldehaver
christine.buchholz@wk.bundestag.de
Tel.: 069 - 85 09 53 27

In Berlin erreicht ihr mich über Katja Kaba:
christine.buchholz@bundestag.de
Tel.: 030 - 2277 - 50 62

Meine aktuellen Aktivitäten, Initiativen und Reden findet Ihr auch im
Internet unter: www.christinebuchholz.de
oder auf Facebook: http://www.facebook.com/ch.buchholz?ref=sgm

Unter http://christinebuchholz.de/feed/ könnt ihr ein News-Feed abonnieren, d.h. ihr werdet informiert wenn ein neuer Artikel, eine Rede oder Pressemitteilung erscheint.
Wer in größeren Abständen über meine Aktivitäten informiert werden möchte kann sich auch gerne in meinen Verteiler eintragen. Bitte Mail an christine.buchholz@bundestag.de mit dem Betreff "Verteiler"